



22. Dezember 2012

Werte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

nachdem eine kleine Gruppe den Versuch unternimmt die am Allgemeinwohl ausgerichtete Arbeit von Gemeinderat und Ortsbürgermeister systematisch zu untergraben, und die Dorfgemeinschaft in zwei Lager zu spalten gilt es Folgendes klarzustellen:

Richtig ist, dass ...

- die von Ihnen gewählten Mitglieder des Gemeinderates am 4. Oktober 2011 die Umstellung der gemeindlichen Ausbausatzung vom System der „Einmaligen Beitragserhebung“ auf „Wiederkehrende Beitragserhebung“ beschlossen haben.
- der Beschluss ohne Gegenstimme, bei einer Enthaltung ansonsten einstimmig gefasst wurde.
- es Absicht der Ratsmitglieder gewesen ist die beim bisherigen System entstehenden teilweise horrend hohen Beitragszahlungen auf ein verträgliches Maß zu reduzieren, indem Kosten auf die Solidargemeinschaft aller Grundstückseigentümer verteilt werden.
- über die erfolgte Umstellung des Erhebungssystems jahrelang im Voraus informiert worden ist. (Veröffentlichungen in Allez hopp und in der Presse seit 2008, Behandlung auf zwei Einwohnerversammlungen und mehrfache Behandlung im Rat)
- der Rat am 04. Dezember 2012 die Sanierung eines Teilstücks der Ortsstraße „Am Äckerchen“ 1. Bauabschnitt - also den besonders schadhafte mittleren Streckenteil - zwischen Einmündung Heidengraben bis einschließlich Anwesen Nr. 18 - beschlossen hat.
- der Ausbaubeschluss ohne Gegenstimme, bei zwei Enthaltungen ansonsten einstimmig gefasst worden ist.
- beim Ausbau die kostengünstigste Ausbauvariante I. (Ausbau gemäß Bestand) zur Ausführung kommen soll, und dass der Rat darüber hinaus das Planungsbüro beauftragt hat weitere Einsparmöglichkeiten zu prüfen. Gemäß heutigem Stand werden für die Maßnahme Kosten in Höhe zwischen 302.500 € bis maximal 330.000 € anfallen. Davon beträgt der Gemeindeanteil 35 Prozent, so dass ca. 200.000 € auf die Grundstückseigentümer umzulegen sind.
- mit wenigen Ausnahmen, auf alle Grundstücksbesitzer im Zusammenhang mit der Sanierung des ersten Straßenabschnittes „Am Äckerchen“ nun Kosten von etwa 2,20 €/qm veranlagungsfähige Grundstücksfläche zukommen. Hieraus ergeben sich zum Beispiel für ein Grundstück von 600 qm Gesamtfläche, bei dann 500 qm Veranlagungsfläche Kosten von ca. 1.100 € die voraussichtlich aufgeteilt in 6 oder 8 Vierteljahresraten zu zahlen sind. Nach dem früheren Erhebungssystem wären für Grundstücksbesitzer in den Straßen Am Äckerchen und Neuer Weg ansonsten vielfach höhere Beitragszahlungen angefallen.
- sich die jetzt beschlossene Planung am unabdingbar erforderlichen technischen Standard orientiert, und - anders als von den Beschwerdeführern suggeriert - beileibe kein Luxusausbau für mehrere Millionen geplant ist.
- derjenige der dem Ortsbürgermeister in der Zeitung einen „geistfreien Einwurf“ unterstellt, auf der betreffenden öffentlichen Gemeinderatssitzung über die er urteilt selbst nicht anwesend war.
- angesichts der im Dorf verbreiteten Halbwahrheiten und Unterstellungen der langjährige 1. Beigeordnete Herr Hans Becker, der sich jahrzehntelang überaus engagiert für die Belange der Allgemeinheit und für unser dörfliches Leben eingesetzt hat, sein Amt und Mandat niedergelegt hat. (Persönliche Anmerkung: Diejenigen die Hans Becker soweit gebracht haben sollten sich schämen!)

Unwahr ist, dass ...

- der Gemeinderat den Wunsch der Bürger nach kostengünstiger Durchführung der geplanten Straßenbaumaßnahme nicht aufgenommen hat. Um die Bürger einzubinden wurde die Planung eigens auf der Internetseite der Gemeinde (www.blaubach.de) eingestellt. Wünsche und Anregungen der Bürger wurden entgegengenommen, im Rat diskutiert, und soweit machbar vollumfänglich berücksichtigt.
- das Ratsmitglied Peter Dietrich den „Freibrief für den Planer fortgeschrieben hat“. Dies grenzt an Verleumdung, noch dazu durch Jemanden, der selbst nicht gerade dafür bekannt ist sich für Belange des Allgemeinwohls einzusetzen. Peter Dietrich arbeitet im Rat stets engagiert, fachlich sehr fundiert und vor allem an den Interessen der Bürger orientiert, in hervorragender Weise mit.
- der Ortsbürgermeister und der Planer „gemeinsame Sache machen“ würden. Dies ist ebenfalls eine böswillige Unterstellung. Richtig ist, dass sowohl die Ratsmitglieder als auch der Ortsbürgermeister, dank des von ihnen im Interesse der Allgemeinheit beschlossenen neuen Erhebungssystems selbst mit Beiträgen belastet werden.
- von Seiten des Ortsbürgermeisters den Zuhörern der letzten Ratssitzung gedroht worden sei. Die Aufforderung, dass sich das Publikum nicht einmischen soll hatte bereits zuvor einer der Beschwerdeführer selbst gegeben. Von Seiten des Ortsbürgermeisters mussten somit nur noch in sachlicher Form die Gründe für diese Regelung benannt werden. Die Sitzung verlief im Übrigen, das werden die Anwesenden Bürger bezeugen können, ausgewogen und ruhig.
- sich die Frauen im Gemeinderat beim Thema Straßenausbau nicht genügend eingebracht hätten. Genau das Gegenteil dieser haltlosen Behauptung ist der Fall. Sowohl bei allen Ratssitzungen, bei auswärtigen Ortsbesichtigungen, bei mehreren Begehungen im Dorf, sowie bei zwischenzeitlichen Besprechungen haben die Damen des Rates sehr wohl ihre Sicht der Dinge in die Beratungen eingebracht. Leider haben das die überwiegend männlichen Beschwerdeführer nicht bemerkt, weil sie selbst an vielen Ratssitzungen und Einwohnerversammlungen zum Thema Beitragssatzung und Straßenausbau nicht teilgenommen haben.
- hinsichtlich der Verbindlichkeiten unseres Dorfes die Millionengrenze überschritten sei Ausweislich der alljährlich veröffentlichten Haushaltspläne ist es so, dass die Ortsgemeinde am 01.01.2008 Schulden in Höhe von 637.515 € hatte, welche sich dann innerhalb von vier Jahren bis zum 01.01.2012 auf 667.667 € erhöht haben. Gut 30.000 € mehr, das ist nicht schön, war aber angesichts des strukturellen Einnahmedefizites der Ortsgemeinde unvermeidbar. Bitte bedenken Sie hierbei, dass zum Beispiel 2012 nur eine von 18 Gemeinden in der Verbandsgemeinde Kusel überhaupt ihren Haushalt ausgleichen konnte.

Werte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

bitte sehen Sie es mir nach, dass ich mich angesichts der üblen Kampagne, die derzeit in unserem Dorf aufgezo-gen wird, dazu veranlasst gesehen habe jetzt in der Vorweihnachtszeit in einigen wenigen Sätzen die Dinge so darzulegen wie sie wirklich sind. Sicherlich bleiben noch Fragen. Die dürfen Sie mir jederzeit gerne stellen.

Blieben Sie ihrer Gemeinde, ihren gewählten Ratsmitgliedern und vielleicht auch dem Ortsbürgermeister gewogen. Ich wünsche Ihnen geruhsame und friedliche Weihnachtstage sowie ein gutes Neues Jahr 2013.

Eine Bitte noch: Lassen sie sich durch die derzeitigen Querelen nicht vom Besuch des Bläserkonzerts (Heiligabend 16.45 Uhr am Dorfplatz) und des Neujahrsempfangs der Ortsgemeinde (05. Januar 2013 um 19.30 Uhr im Dorfgemeinschaftshaus) abhalten. Das wäre gleich zweimal schade, einmal für Sie und einmal für unsere dörfliche Gemeinschaft!

Viele Grüße an Alle

Martin Pfeiffer (Ortsbürgermeister)